

BÜRGER & STAAT



100 Jahre Türkei

Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung

»Bürger & Staat« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

Direktion der Landeszentrale

Lothar Frick
Sibylle Thelen

Redaktion

Dr. Maïke Hausen,
maïke.hausen@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentz

Barbara Bollinger,
barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99–44
Fax: 07 11/16 40 99–77

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Gestaltung Innenteil/Druckvorbereitung

Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei GmbH
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon: 07 31/94 57–0, Fax: 07 31/94 57–2
www.suedvg.de

Druck

Druckhaus Waiblingen
Remstal-Bote GmbH
Albrecht-Villinger-Straße 10
71332 Waiblingen
Tel: 0 71 51/5 66–0, Fax: 0 71 51/5 66–330

Versand

Braun Direktwerbung GmbH
Postweg 7
89155 Erbach
Tel: 0 73 05/9 66–130, Fax: 0 73 05/9 66–136

»Bürger & Staat« erhalten Sie über den Online-Shop der LpB: www.lpb-bw.de/shop

Schulen und andere Bildungseinrichtungen können auf Anfrage in den kostenfreien Erstverteiler der Zeitschrift aufgenommen werden. Anfragen dazu bitte an: barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Die veröffentlichten Beiträge in »Bürger & Staat« sind keine Meinungsäußerungen der Landeszentrale für politische Bildung. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: Adobe Stock | raul77

Auflage dieses Heftes: 12.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 30.03.2023

ISSN 0007–3121



»Bürger & Staat« wird auf FSC-zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft und klimaneutral gedruckt.

Inhaltsverzeichnis

Alexander E. Balistreri Neuere und neuste Geschichte der „Neuen Türkei“	2
Burak Çopur Ethnisch-religiöse Minoritäten in der Türkei im Spiegel des hundertjährigen Minderheiten- und Nationenverständnisses (1923–2023) .	12
Kemal Bozay Von der „defekten“ Demokratie zur Autokratie: Das politische System in der Türkei und sein Einfluss in Deutschland	21
Cengiz Günay Zwischen Protest und Putsch: Politische Bewegungen und ziviles Engagement in der Türkei	34
Gülstan Gürbey Die türkische Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel	43
Yaşar Aydın Die Wirtschaft der Republik Türkei: Kapitalistische Modernisierung zwischen Aufschwung und Fragilität	52
Renate Kreile Geschlechterordnung, Macht und politisierte Männlichkeiten in der Türkei	61
Jürgen Gottschlich Deutschland und die Türkei: Eine unglückliche Beziehung	68
100 Jahre Türkei aus deutsch-türkischer Perspektive: Ein Interview mit Prof. Dr. Havva Engin und Mesut Bayraktar	75
Hacı-Halil Uslucan Jugend in Deutschland – Jugend in der Türkei: Teilhabeforderungen und resignativer Rückzug?	85
Vom Aufstieg des modernen Nationalstaats aus der Asche eines zerfallenen Großreichs. Der Nobelpreisträger Orhan Pamuk im Gespräch über seinen Historienroman „Die Nächte der Pest“	93
Jahresinhaltsverzeichnis 2022	100

100 Jahre Türkei

Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung

Am 29. Oktober 2023 jährt sich zum hundertsten Mal die Gründung der Republik Türkei. Seit her hat sich das Land zu einem dynamischen und vielfältigen, aber auch durch Widersprüche geprägten Staat entwickelt. Allein aufgrund seiner Lage zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer, Europa und Asien, West und Ost wird ihm immer wieder die Rolle des Brückenbauers und Scharniers zwischen den verschiedenen Welten zugesprochen. Das Land selbst ist dabei ebenfalls Schauplatz einer wechselvollen Geschichte: Mit seinen Wurzeln in der Vielvölker Vergangenheit des Osmanischen Reiches spielen bis heute Gegensätze zwischen urbanen Räumen und ländlichen Regionen wie auch eine kulturell, ethnisch und religiös diverse Gesellschaft eine große Rolle. Das Jubiläum der türkischen Republik bietet Anlass, mit einer Schwerpunkt-Ausgabe diese Spannungen und Gegensätze in seinen verschiedenen Facetten abzubilden.

Wie gestalteten sich Politik, Gesellschaft und Kultur in der Türkei bis heute? Die Türkei zeichnet sich durch eine spezifische politisch-kulturelle Ordnung, durch Parlamentarismus und eine vielfältige Parteienlandschaft aus. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Einschränkungen der Demokratie und starken Polarisierungen zwischen den verschiedenen politischen Lagern. Der Ursprung der Republik in einer Einparteienherrschaft und dem auf Modernisierung setzenden Autoritarismus unter Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk ist bis heute für viele politische wie gesellschaftliche Phänomene maßgeblich. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts steht das Land und sein politisches System wiederum stark unter dem Eindruck der Vormachtstellung der Regierungspartei AKP und dem Umbau zum Präsidialsystem unter Recep Tayyip Erdoğan. Sein Aufstieg ist zudem Ausdruck einer sich wandelnden politischen Kultur, die in der Öffentlichkeit lange durch den kemalistischen Laizismus dominiert wurde und sich nun zunehmend durch einen islamisch geprägten Konservatismus und Nationalismus auszeichnet. Dabei ist die Türkei nicht erst seit den Gezi-Protesten auf dem Istanbuler Taksim-Platz 2013 und dem Putschversuch 2016 innenpolitisch durch Konflikte um politischen Pluralismus, Gewaltenteilung und legitimen politischen Protest geprägt. Innenpolitische Debatten werden dabei auch durch wirtschaftliche und außenpolitische Konfliktlinien beeinflusst: Die Zugehörigkeit zu Europa wird immer wieder auch anhand einer möglichen EU-Mitgliedschaft thematisiert, umgekehrt muss sich die Türkei auch mit ihren Anrainerstaaten und der gesamten Region des Nahen Ostens über Fragen zur Integration von Minderheiten, zu Flüchtlingsproblematiken und geopolitischen Konflikten auseinandersetzen. Während sich eine mehrheitlich junge Bevölkerung am Ausland orientiert und nach wirtschaftlichem Erfolg sucht, leidet das Land unter anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrisen. Ebenso spielen auch die historischen deutsch-türkischen Verflechtungen und die Beziehung zu Deutschland mit seiner großen türkeistämmigen Community eine Rolle für die türkische Politik und das türkische Selbstverständnis. Nicht zuletzt ist es das kulturelle und gesellschaftliche Leben, in dem sich die Gegensätze und Widersprüche der Türkei wiederfinden.

Nach dem verheerenden Erdbeben am 6. Februar 2023 im Südosten der Türkei mit über 50.000 Toten steht das Land vor gewaltigen Herausforderungen; an vielen Orten schließt sich an das unermessbare Leid und den schrecklichen Verlust tausender Menschenleben die Frage an, wie ein nachhaltiger (Wieder-)Aufbau funktionieren und umgesetzt werden kann. Die bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe für den 14. Mai 2023 angekündigten türkischen Wahlen erscheinen daher vielen als eine Schicksalswahl. Wird das politische System auf diese gewaltigen Herausforderungen adäquat reagieren können? Wie wird sich eine neue Regierung den vielen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und jetzt auch realen Baustellen annehmen?

Maïke Hausen

Zwischen Protest und Putsch

Politische Bewegungen und ziviles Engagement in der Türkei

Cengiz Günay

Gegen Einparteienherrschaft und autokratische Tendenzen formierten sich in der türkischen Geschichte bereits früh oppositionelle und zivilgesellschaftliche Kräfte, die wiederum ihrerseits auf zivilgesellschaftliche Anfänge im Osmanischen Reich zurückschauen konnten. Cengiz Günay skizziert in seinem Beitrag die historischen und aktuellen Rahmenbedingungen rund um die Entstehung von Protestgruppen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen in der Türkei. Dabei macht er deutlich, dass diese Kräfte immer wieder aufgrund struktureller Ursachen und politischer wie gesellschaftlicher Veränderungen an einer durchsetzungsstarken Organisation und Bündnispolitik unterschiedlicher Interessensgruppen zu einer gemeinsamen Oppositionsbewegung gehindert wurden. Gleichzeitig zeigt er anhand der verschiedenen Bewegungen die Resilienz und Widerstandsfähigkeit der türkischen Zivilgesellschaft und Protestlandschaft auf.

Obwohl die Gründung der Republik im Jahr 1923 einen tiefgreifenden Bruch mit der osmanischen Vergangenheit darstellte, wurde der Grundstein der meisten gesellschaftlichen und politischen Bewegungen der modernen Türkei in den letzten Jahrzehnten des Osmanischen Reiches gelegt. So hat die moderne türkische Zivilgesellschaft ihre Wurzeln in der kurzen liberalen Ära in den ersten Jahren der jungtürkischen Herrschaft 1908–1913.¹ In dieser Zeit wurden vor allem in Großstädten wie Istanbul die ersten Vereine, Interessensvertretungen und politischen Parteien gegründet. Die in den letzten Jahren des Reiches entstandenen Ideenbewegungen wie der Nationalismus, Säkularismus, Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus und Islamismus prägen bis heute die politischen Debatten. Auch die Frauenbewegung hat ihre Ursprünge in der liberalen zweiten Verfassungsära kurz vor dem Ende des Osmanischen Reiches.

Diese Strömungen überdauerten Regimewechsel, Militärinterventionen und auch die jüngste Autokratisierung unter der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP*). Die Reformen in der Ära der Einparteienherrschaft legten die strukturellen, politischen und administrativen Grundlagen für den modernen türkischen Staat. Der Übergang zu einem Mehrparteiensystem leitete die Integration verschiedener gesellschaftlicher Strömungen und Bewegungen ein und führte zu einer Pluralisierung der politischen Landschaft. Urbanisierung und Industrialisierung wirkten sich in den 1960er und 1970er Jahren auf die gesellschaftliche Zusammensetzung und den politischen Aktivismus aus. Immer weitere Bevölkerungsteile wurden in das politische System integriert. Militärputsche in den Jahren 1960, 1971, 1980, 1997 ordneten zwar die rechtlichen Rahmenbedingungen neu und schränkten die Möglichkeiten ziviler Kräfte ein, sie konnten aber nicht die zivilgesellschaftlichen und politischen Strömungen aufheben bzw. neue ins Leben rufen. Auch die jüngste Autokratisierung unter der AKP schränkte die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft und oppositioneller politischer Bewegungen ein und machte sie weniger sichtbar. Sie konnte sie aber weder verbieten, aufheben oder absorbieren. Im Folgenden versucht dieser Beitrag einen Überblick über die Rahmenbedingungen, die die Entwicklung der politischen und zivil-

gesellschaftlichen Bewegungen der letzten hundert Jahre in der Türkei prägten, zu geben.

Zivilgesellschaft

Das Entstehen einer Zivilgesellschaft ist, zumindest teilweise, abhängig von den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen eines Staates. Eine wichtige Voraussetzung für das Entstehen und Prosperieren einer Zivilgesellschaft ist eine liberale demokratische Ordnung, die die Einhaltung von Menschenrechten, die Gewaltenteilung sowie die Gleichheit vor dem Recht berücksichtigt (Toprak 1995: 87). Anders ausgedrückt, es sind zu einem großen Teil die strukturellen Möglichkeiten, die das Entstehen und Bestehen der Zivilgesellschaft bedingen. Im historischen Rückblick ist festzuhalten, dass die türkische Zivilgesellschaft sich aus politischen und gesellschaftlichen Reibungsflächen heraus entwickeln und in Zeiten der demokratischen Öffnung und in einer liberalen politischen Atmosphäre florieren konnte. Solche liberalen Fenster waren im letzten Jahrhundert rar. Immer wieder versuchten zivile Regierungen sowie Militärregierungen, Andersdenkende zu kontrollieren, einzuschränken und nicht zuletzt einzusperren. Die Zivilgesellschaft spiegelt die gesellschaftliche und politische Vielfalt wider. Angesichts der Repression durch den Staat, staatliche Institutionen und konkurrierende politische Bewegungen erwies sich die türkische Zivilgesellschaft widerstandsfähig.

In der Zeit der Einparteienherrschaft (1923–1945) der Republikanischen Volkspartei CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*) mussten sich Vereine und Interessensvertretungen entweder in die Regierungspartei integrieren beziehungsweise unterordnen oder sie wurden geschlossen. Besonders stark eingeschränkt wurden die Zivilgesellschaft und politische Bewegungen in der Zeit nach dem Militärputsch von 1980. Die Einschränkungen betrafen vor allem Organisationen und Vereine, die als links und oder (pro-)kurdisch eingestuft wurden. Hundert Jahre nach der Gründung der Republik wurde die Türkei erneut von einer Welle der Autokratisierung erfasst. Die Regierung unter Präsident Erdoğan schränkte insbesondere in Folge des gescheiterten Putschversuchs im Jahr 2016 sukzessive politische Freiheiten ein.

Vor allem regierungskritische zivilgesellschaftliche Organisationen werden durch staatliche Institutionen eingeschüchtert und ihrer Arbeit behindert.

Zentralisierung

Modernes zivilgesellschaftliches Engagement war und ist stark im städtischen Bereich konzentriert. In ländlichen Gebieten konnten sich kaum und wenn dann nur relativ spät Vereine und lokale Interessensgruppen etablieren. Dies hängt stark mit dem durch die Republik geschaffenen zentralistischen politischen und administrativen System zusammen. Der Zentralismus der Republik bedingte, dass die politische und administrative Macht in der Hauptstadt Ankara gebündelt wurde. Ein derart zentralisiertes System sollte vor allem den unterschiedlichen zentrifugalen Kräften im Land entgegenwirken. Damit war es stark vom administrativen Modell Frankreichs beeinflusst. Die türkischen Provinzen (*il*) sind den französischen Departements nachgebildet. Da es stets galt, lokale und regionale Bewegungen unter Kontrolle zu bringen, werden in der Türkei die Gouverneure der Provinzen nicht gewählt. Vielmehr sind sie Beamte, die durch das Innenministerium eingesetzt und in die jeweilige Provinz entsandt werden. Eine weitere Praxis, die seit den frühen Tagen der Republik fortgeführt wird, ist, dass Gouverneure und andere Vertreter und Vertreterinnen des Zentralstaates nicht aus der Provinz stammen, in die sie entsandt werden. Es gibt somit in der türkischen Verwaltungsstruktur keine Aufgabenverteilung zwischen Zentralregierung und den Provinzverwaltungen. Während dies zu einer raschen, reibungslosen und vor allem flächendeckenden Umsetzung der politischen Entscheidungen, die in

der Hauptstadt getroffen werden, beiträgt, schränkt dieses System weitgehend lokale Initiativen, Aktivismus und Engagement ein und verhindert Partizipationsmöglichkeiten.

Die Zentralisierung diente somit auch dazu, einen einheitlichen, unitaristischen Nationalstaat aufzubauen. Das Fehlen von Partizipationsmöglichkeiten auf regionaler und lokaler Ebene schränkt somit spezifische lokale, regionale und ethnische zivilgesellschaftliche und politische Initiativen ein. Die Zentralisierung von politischen und administrativen Entscheidungsmechanismen führte dazu, dass auf lokale beziehungsweise regionale Probleme und Forderungen meist mit technokratischen Maßnahmen reagiert wurde. Man kann daher davon sprechen, dass die Zentralisierung regionale und lokale politische Initiativen weitgehend verzögert oder gar verhindert hat.

Protestbewegungen

Die starke Bündelung der politischen und administrativen Entscheidungsmechanismen in den zentralstaatlichen Strukturen verlieh der Ministerialbürokratie sowie den politischen Entscheidungsträgern in der Hauptstadt eine große Machtfülle – bis heute. Sämtliche Genehmigungen, Lizenzen, Aufträge, gesetzlichen Regelungen, Maßnahmen und Verordnungen werden durch die zentralstaatlichen Organe bestimmt und umgesetzt. Da die Kontrolle über die zentralstaatliche Bürokratie für die Umsetzung der eigenen Interessen von großer Bedeutung ist, versuchen türkische Regierungen, diese so weit wie möglich mit loyalen Personen zu besetzen. Gleichzeitig kann man festhalten, dass aufgrund mangelnder Partizipationsmöglichkeiten politische



Lokaler Protest im Ida Gebirge (Kaz Dağları) gegen die Rodung des Waldes, der einer Goldmine weichen musste.

© picture alliance/AP Photo | Lefteris Pitarakis

und religiöse Bewegungen stets versucht waren, den Staatsapparat zu durchdringen und so an gesellschaftlichem und politischem Einfluss zu gewinnen.

Lokale Initiativen und lokale Protestbewegungen konnten nur selten zu regionalen oder gar nationalen Bewegungen anwachsen. Dennoch wurden und werden sie traditionell vom Zentralstaat und seinen Vertretern und Vertreterinnen schnell als eine Gefahr für die staatliche Souveränität beziehungsweise die Vormacht des Zentralstaates gesehen. Hier spielt zumindest die Wahrnehmung des Zerfalls des Osmanischen Reiches eine wichtige Rolle. In Zeiten der politischen und militärischen Schwäche plagten das Osmanische Reich neben äußeren Bedrohungen auch immer wieder lokale Aufstände und Rebellionen. Lokale Kräfte konnten mehrmals die Vertreter des osmanischen Staates zurückdrängen und ihre eigene Autorität über Landstriche etablieren. Dadurch wurde die staatliche Souveränität und territoriale Kontrolle immer wieder von innen heraus bedroht.

Aus dieser Erfahrung heraus reagierte die junge Republik auf lokale Proteste von Beginn an mit drastischen Maßnahmen. Der erste größere, durch regionale Kräfte geprägte Aufstand gegen das neue republikanische Regime war der sogenannte Scheich-Said-Aufstand im Jahr 1925. Benannt nach dem kurdischen Nakşibendi-Scheich Said, dem Anführer der Bewegung, richtete sich der Aufstand gegen die Abschaffung des Kalifats im Jahr 1922 und die von der republikanischen Regierung eingeleiteten Reformen (İlyas 2015). Die zunächst religiös-konservativ motivierte Aufstandsbewegung wuchs rasch zu einem Aufstand der kurdischen Bevölkerung an (Özoğlu 2009) und richtete sich

gegen die lokalen Vertreter und Vertreterinnen des Zentralstaates. Der Aufstand wurde durch das Militär niedergeschlagen, dabei wurden in Folge tausende Kurden und Kurdinnen in westliche Regionen, vor allem in die Provinz Konya, zwangsumgesiedelt (Yavuz 2001).

1930 kam es in der westtürkischen Ortschaft Menemen erneut zu einem durch Mitglieder des Nakşibendi-Ordens geführten lokalen Aufstand. Dabei wurde ein Armeeeoffizier von den Aufständischen öffentlich gehängt. Auch dieser Aufstand richtete sich gegen die Säkularisierungsmaßnahmen des republikanischen Regimes. Erneut setzte das Regime die Armee ein und ging mit voller Härte gegen die Aufständischen vor (Kadioğlu 1996).

Beide lokalen Ereignisse boten dem republikanischen Regime den Vorwand, oppositionelle Gruppen auf nationaler Ebene auszuschalten und die Einparteiherrschaft zu festigen. 1925 wurde in Folge des Scheich-Said-Aufstandes die *Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası* (Progressive Republikanische Partei, TCF) und 1930 in Folge des Menemen-Aufstandes die *Serbest Cumhuriyet Fırkası* (SCF, Freie Republikanische Partei) aufgelöst und verboten (Özoğlu 2009). Besonders brutal wurde der Aufstand im kurdisch-alevitisches geprägten Dersim (später in Tunceli umbenannt) in den Jahren 1937–1938 durch das Militär niedergeschlagen (Watts 2000).

Während diese ersten politischen Proteste beziehungsweise Aufstände von lokalen, konservativen Kräften getragen waren und sich vor allem gegen die Säkularisierungspolitik, den türkischen Nationalismus beziehungsweise die Kontrolle der Zentralregierung richteten, sollten sich in den fol-



Aufnahme der SCF-Parteizentrale in der Stadt Samsun, ca. 1930. Die SCF konnte bei den Kommunalwahlen 1930 einige Erfolge erzielen, musste sich aber unter Druck der Regierung noch im gleichen Jahr auflösen.

© Wikimedia Commons/gemeinfrei.

genden Jahrzehnten die politischen und sozialen Bewegungen in den städtischen Raum verlagern und eine ausgeprägtere soziale beziehungsweise ideologische Ausrichtung erlangen. Dies war Ausdruck der sozialen und gesellschaftlichen Diversifizierung, die im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung stattfand. Es kam zu einer stärkeren Kontrastierung der sozialen Klassen und ihrer unterschiedlichen Interessen.

Der Übergang zum Mehrparteiensystem im Jahr 1945 führte zu einer Vervielfältigung der politischen Landschaft, kam aber keinem vollen Übergang zu einem demokratischen System gleich. Denn die türkische Demokratie war durch die Vorgaben des Kemalismus begrenzt: Parteien, Politiker und Politikerinnen sowie Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft mussten sich im Rahmen des kemalistischen Staatsnationalismus, Unitarismus und Säkularismus bewegen. Religiöse, ethnische oder offen ideologische Hinweise, Symbole und Bezeichnungen waren für Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft verboten. Dies richtete sich insbesondere gegen offen islamische, ethnisch-kurdische oder sozialistische beziehungsweise kommunistische Bewegungen. Für einige Zeit konnten die beiden Zentrumsparteien durch indirekte Bezugnahmen rechte und linke soziale Bewegungen auffangen. Allerdings zerbrach die politische Mitte angesichts der rasanten Veränderungen in der türkischen Gesellschaft ab den 1960er Jahren zusehends. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Zentrumsparteien immer weniger die gesellschaftlichen Brüche überwinden und die unterschiedlichen ökonomischen Interessen abdecken konnten. Zum anderen behinderte die Intervention der Armee die Entwicklung demokratischer Strukturen und starker, ideologisch fundierter Parteiorganisationen.

Das türkische Militär betrachtete sich als Garant für den Fortbestand der kemalistischen Republik und des Säkularismus und sah sich dazu verpflichtet, wenn notwendig zu ihrem Schutz gegen die gewählten Regierungen einzuschreiten. Zum ersten Mal intervenierte die Armee am 27. Mai 1960 in Reaktion auf Autokratisierung und gesellschaftliche Spannungen gegen die gewählte Regierung. Aufgrund der Schwäche der Opposition und der Zivilgesellschaft wurde die Intervention des Militärs von Vertretern und Vertreterinnen der oppositionellen CHP beziehungsweise einer urbanen Studentenschaft als Befreiung bejubelt. Insbesondere die kemalistische und säkulare Zivilgesellschaft sollte sich in den folgenden Jahren immer wieder auf die Armee als eine Ordnungskraft verlassen. Dies verhinderte eine stärkere Verankerung in breiteren Gesellschaftsschichten. Die CHP und die säkulare Zivilgesellschaft blieben auf die bürgerliche städtische Gesellschaftsschicht begrenzt und konnten kaum konservative Kreise oder islamistische Kreise ansprechen.

Die Militärjunta setzte die Regierung ab und löste die regierende Demokratische Partei (*Demokrat Parti*. DP) auf. Staatspräsident Celâl Bayar, Premierminister Adnan Menderes sowie Außenminister Fatin Rüştü Zorlu und Finanzminister Polatkan und andere führende Personen wurden vor Gericht gestellt. Bayar, Menderes, Zorlu und Hasan Polatkan wurden zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils wurde im Falle von Bayar ausgesetzt; die übrigen drei wurden durch Erhängung getötet (Günay 2012: 212).

Der Militärputsch bzw. die Todesurteile gegen Premier Menderes und seiner Mitstreiter hinterließen ein tiefes Trauma und prägten die Politik der Parteien über Jahrzehnte. Die Armee sollte ab den 1960er Jahren durch den von ihr ins Le-

ben gerufenen und in der Verfassung verankerten Nationalen Sicherheitsrat MGK (*Milli Güvenlik Kurulu*) die Sicherheitspolitik nach innen und außen bestimmen. Dies beinhaltet auch die Bewertung von politischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen nach den sicherheitspolitischen Kriterien des Militärs und des mächtigen Sicherheitsapparates.

Dennoch wurde die türkische Zivilgesellschaft sowie das Parteienspektrum ab den 1960er Jahren vielfältiger. Die Verfassung von 1961², die in Folge des Militärputsches von 1960 erlassen wurde, bot der Zivilgesellschaft mehr Raum und Einfluss. Es entstanden unterschiedliche Gewerkschaftsorganisationen sowie Interessensvertretungen der Arbeitgeber und Vereine. Die Verfassungsjuristen sahen eine starke Zivilgesellschaft als ein wichtiges Gegenmittel gegen autoritäre Tendenzen beziehungsweise die Monopolisierung der Macht, wie es unter der DP der Fall gewesen war. Allerdings kam es auch zu einer wachsenden Diversität im Parteienspektrum. Es entstanden neue, kleinere Parteien, Gruppen und Vereine, die sich ideologisch klar rechts oder links positionierten. Einige davon sollten sich im Laufe der türkischen Geschichte radikalisieren. Insbesondere linke Bewegungen und Organisationen wurden vom Sicherheitsestablishment kritisch beäugt und verdächtig, ein verlängerter Arm der Sowjetunion zu sein.

Der Militärputsch von 1980 setzte der in den vorangegangenen Jahrzehnten zunehmenden starken Polarisierung und den damit verbundenen Straßenkämpfen zwischen extremistischen Gruppen ein Ende. Neben der gesamten politischen Führung des Landes und der Auflösung von Parteien, Gewerkschaften und einzelnen Vereinen wurden insbesondere Exponenten linker Gruppen verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt. Vereine, Stiftungen, Freiwilligenorganisationen und andere Einrichtungen, die als links eingeschätzt wurden, wurden entweder geschlossen oder unter strikte Beobachtung gestellt (Şimşek 2004: 111). Demokratische Freiheiten wie das Demonstrationsrecht, das Streikrecht oder die freie Meinungsäußerung wurden eingeschränkt; Bücher, die als zu ideologisch eingestuft wurden, wurden verboten.

Ziel des Militärs war es, politische Ideologien zurückzudrängen. Stattdessen sollte eine weitgehend unideologische, apolitische und gehorsame Jugend herangebildet werden. Die Verfassung von 1982 schränkte dafür die Möglichkeiten für politischen Aktivismus, politische Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft, weitgehend ein. Ein neues Parteiengesetz verhinderte eine allzu starke Nähe zwischen politischen Parteien, sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft. So wurde es politischen Parteien untersagt, Frauen-, Jugend- und Studentenvertretungen zu bilden (Günay 2012). Zudem wurden die Universitäten entpolitisiert. Politische Symbole wurden an den Universitäten verboten und das Lehrpersonal sowie der Lehrplan wurden nach ideologischen Kriterien gesäubert. Politik wurde als das Management des Staates verstanden und sollte, ganz im Geiste des Neoliberalismus, ideologiebefreit sein.

Post-ideologische-identitätsbasierte Bewegungen

Die islamische Bewegung

Der Militärputsch und damit verbunden die danach eingeleiteten Maßnahmen wirkten sich nachdrücklich auf die Parteienlandschaft sowie die Zivilgesellschaft aus. Der Staat leitete ab 1980 eine konservative Gesellschaftspolitik ein. Das staatlich propagierte Programm der sogenannten Tür-

kisch-Islamischen Synthese (TIS) sollte sich mit türkisch-nationalistischer Bildungspolitik und einem religiös konnotierten Sozialkonservatismus der ideologischen Spaltung der Gesellschaft entgegenstellen. Das von rechten Intellektuellen entworfene Programm beruhte auf der Überzeugung, dass die türkische Gesellschaft und insbesondere Jugend der 1970er Jahre aufgrund fehlender konservativer Werte vom Weg abgekommen sei und sich von linken Ideologien habe verführen lassen. Im Rahmen der TIS investierte der Staat massiv in den Bau von Moscheen und anderen religiösen Einrichtungen. Zudem wurden immer mehr sogenannte Imam-Hatip-Schulen mit einem Schwerpunkt auf religiöse Bildung eröffnet. Religiosität und konservative Gesellschaftswerte sollten außerdem die nachteiligen Effekte der eingeführten neoliberalen Wirtschaftsreformen abfedern.

Die TIS begünstigte auch die Gründung von neuen islamischen Vereinen. Die meisten islamischen Vereine entstanden auf lokaler Ebene in den in Folge der Binnenmigration rasant wachsenden Randbezirken der Großstädte und waren damit nahe an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung. Viele waren im Bereich der Wohlfahrt beziehungsweise in der Förderung von Frauen und Jugendlichen in den jeweiligen Bezirken aktiv. Im Unterschied zu liberalen, linken beziehungsweise säkularen Organisationen präsentierten sie sich als authentische *Grassroots*-Bewegungen, die sich auch im Auftreten, Lebensstil der Aktivistinnen und Aktivistinnen und Ausrichtung der lokalen Klientel ähnelten. Von den Aktivitäten der islamischen Zivilgesellschaft profitierte vor allem die moderat islamistischen Wohlfahrtspartei RP (*Refah Partisi*). Sie konnte weite Teile der islamischen Zivilgesellschaft für sich gewinnen beziehungsweise bald die verschiedenen Strömungen unter ihrem Dach zusammenbringen. Ihre islamische Solidaritätsrhetorik sprach eine konservative Arbeiterschicht in den Randgebieten der Großstädte an und ersetzte dort linke Klassenkampfidologien. Der Siegeszug der RP begann in den wirtschaftlich unterentwickelten Stadtteilen. Von hier aus eroberte sie zunächst die lokalen Verwaltungen und dann die Großstädte. Die RP entwickelte sich zur wichtigsten Antisystem- und Antieliten-Partei. 1996 gelangte sie in die Regierung und stellte mit Necmettin Erbakan zum ersten Mal den Premierminister. Aus der islamistischen Bewegung sollte später, Anfang der 2000er Jahre, auch die AKP hervorgehen.

Während die islamische Bewegung an Bedeutung gewann, verlor die linke Bewegung ab Mitte der 1980er Jahre an Zugkraft. Ideologische Lösungsansätze für soziale und gesellschaftliche Probleme wurden immer mehr durch die Forderung nach der Umsetzung von universellen liberalen Werten wie etwa die Einhaltung der Menschenrechte oder die Gleichstellung von Mann und Frau ersetzt.

Die alevitische und die kurdische Bewegung

Neben einer wachsenden Frauenbewegung und einer Menschenrechtsbewegung formierte sich aus der ehemaligen Linken heraus die kurdische und die alevitische Bewegung. Beide Bewegungen unterschieden sich wesentlich von den antikapitalistischen Studentenprotesten sowie der Arbeiterbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Şimşek 2004: 112). Sie formulierten ihre Forderungen eher rund um ihre Identität als um soziale Benachteiligung. Dadurch waren diese Bewegungen zwar innerhalb der einzelnen Identitätsgruppen inklusiver, gegenüber anderen Identitätsgruppen aber exklusiver.

Die alevitische Bewegung bildete sich ab den 1980er Jahren parallel zur sunnitisch-islamischen Bewegung heraus. Sie

wurde vor allem von einer Vielzahl an alevitischen Kulturvereinen getragen. Wenn es auch Unterschiede zwischen den einzelnen alevitischen Gruppen gibt, so führte das Entstehen einer zivilgesellschaftlichen Bewegung dennoch zu einem größeren Selbstbewusstsein, stärkerer Sichtbarkeit und es schuf eine gemeinsame Interessensplattform, die sich für die Rechte und Forderungen von Aleviten und Alevitinnen in der Türkei einsetzt.

Eine weitere wichtige, durch identitäre Elemente getragene soziale und politische Bewegung ist die kurdisch-nationalistische Bewegung. Gefördert wird die kurdisch-nationalistische Bewegung von der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkeren Kurdistane*, PKK). Sie wird als eine Terrororganisation eingestuft. Die PKK entstand zunächst als eine Bewegung der kurdischen Kleinbauern. Der bewaffnete Kampf richtete sich in erster Linie gegen kurdische Großgrundbesitzer bzw. Clanführer, die sich mit dem türkischen Staat arrangiert hatten und zum Teil mit Großparteien und Regierungen verknüpft waren. Dieser Kampf weitete sich dann Anfang der 1980er Jahre gegen den türkischen Staat beziehungsweise seine Vertreter und Vertreterinnen und insbesondere die in den mehrheitlich kurdisch geprägten Provinzen stationierten Sicherheitskräfte und die türkische Armee aus. Ab den 1990er Jahren verübte die PKK mehrfach Bombenanschläge in Großstädten und Tourismuszentren, denen Zivilisten zum Opfer fielen.

Während die islamistische Bewegung und ihre Identitätsforderungen langsam in das System integriert wurden und dieses sogar immer stärker prägen sollten, führte die Militarisierung des Kampfes der PKK zu Beeinträchtigungen für die (pro-)kurdische Zivilgesellschaft. Personen, Vereine und politische Parteien, die sich für kurdische Anliegen einsetzten, wurden rechtlich verfolgt. Die meisten von ihnen wurden von Gerichten oder dem Verfassungsgerichtshof mit der Anschuldigung, der verlängerte politische Arm der Terrororganisation PKK zu sein, verurteilt beziehungsweise verboten und geschlossen. Insgesamt wurden bislang vier pro-kurdische Parteien verboten (Watts 2006: 126). Tatsächlich ist eine klare Trennung zwischen der PKK, Vereinen und Organisationen und prokurdischen Parteien oftmals schwer zu ziehen.

Dennoch ist festzuhalten, dass trotz erheblicher Schwierigkeiten die Gründung von Parteien und die Vertretung in politischen Organisationen die kurdische Bewegung gestärkt und eher eine Demilitarisierung gefördert hat. Dieses Potenzial wurde vor allem während des sogenannten Lösungsprozesses (*Çözüm Süreci*) (2009–2015) sichtbar. Die im Parlament vertretene prokurdische Demokratische Partei der Völker (*Halkların Demokrasi Partisi*, HDP) konnte zwischen der türkischen Regierung und der PKK vermitteln. Zudem nimmt die prokurdische, trotz Behinderungen und starken türkisch-nationalistischen Gegenstimmen, eine wichtige Rolle in der Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen in den mehrheitlich kurdischen Regionen wahr.

Die Frauenbewegung

Eine der ersten Bewegungen, die gegen das durch den Militärputsch geschaffene autoritäre System auftrat, war die feministische Bewegung. Die türkische feministische Bewegung organisierte sich – ähnlich wie die zweite Welle des Feminismus in anderen Ländern in den 1980er Jahren – rund um Themen wie autoritäre patriarchale Strukturen, Ungleichheit, häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung (Aksoy 2018: 104). Die feministische Bewegung setzte sich klar vom kemalistischen Staatsfeminismus ab. Dieser hatte zwar die rechtliche Gleichstellung von Frauen durchgesetzt, aber



Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2023 versammelten sich in Istanbul verschiedene Gruppen der Frauen- und LGBTQ-Bewegung, um gemeinsam für mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung zu protestieren. © picture alliance/dpa

es war ihm nicht gelungen, Geschlechterrollen und Ungleichheiten aufzuweichen oder gar aufzuheben. Die von Intellektuellen getragene feministische Bewegung kritisierte, dass die Integration der Frauen in den öffentlichen Raum zum Preis der Anpassung beziehungsweise „Entgeschlechtlichung“ stattgefunden hatte. Die patriarchalen und autoritären Strukturen in staatlichen Institutionen und der Gesellschaft existierten trotz kemalistischer Reformen weiter. Die feministische Bewegung wurde dann in den 1990er Jahren durch Entscheidungen von Gerichten, die oftmals die Täter schützte beziehungsweise milde verurteilten und dadurch häusliche Gewalt legitimierten, weiter mobilisiert (Arat 1998: 120). In Folge bildete sich eine Vielzahl an Frauenvereinen und -bewegungen. Diese spiegeln bis heute die politischen und identitären Bruchlinien in der türkischen Gesellschaft wieder. Die wichtigsten Strömungen sind linke unabhängige Feministinnen, kurdische Feministinnen, kemalistische Feministinnen und islamistische Feministinnen (Coşar/Onbaşı 2008; Diner/Toktaş 2010). Trotz ideologischer Bruchlinien konnte aber die Frauenbewegung anders als andere Bewegungen verschiedene gemeinsame Plattformen und Strukturen der Mobilisierung gegen patriarchale Strukturen in Staat und Gesellschaft bilden (Aksoy 2018: 103). In den letzten Jahren trat die Frauenbewegung immer kräftiger gegen die Autokratisierung und die konservative Gesellschaftspolitik der AKP-Regierungen auf, die verstärkt ein traditionelles Frauenbild als Mutter betonten. Zu den konservativen Maßnahmen zählt auch der Ausstieg der Türkei aus der im Jahr 2011 unterzeichneten Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und gegen häusliche Gewalt. Die Regierung von Präsident Erdoğan begründete den Ausstieg der Türkei damit, dass die Konvention über die Hintertüre LGBTQ+-Rechte propagieren würde (Çelik 2021).

Autokratisierung und Zivilgesellschaft

Die erste Legislaturperiode der AKP von 2002 bis 2007 war durch liberale Reformen, die mit Hinblick auf den EU-Beitrittsprozess eingeleitet worden waren, geprägt. Sie kann im Nachhinein als ein liberales Fenster in der jüngeren türkischen Geschichte bezeichnet werden. Die Reformen drängten den Einfluss des mächtigen türkischen Militärs zurück, führten zu einer zivileren Verwaltung des Landes und öffneten für die Zivilgesellschaft neue Freiräume. Oftmals unterstützt durch EU-Gelder, engagierten sich Vereine in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Als Ausdruck des liberalen Geistes dieser Zeit gilt, dass sich auch zum ersten Mal in der Geschichte die LGBTQ+-Community organisieren und Pride-Umzüge veranstalten konnte. Selbst bei Tabuthemen wie dem Genozid an den Armeniern und Armenierinnen kam es zu einer – wenn auch bescheidenen – Öffnung. 2005 wurde zum ersten Mal an der Bosphorus-Universität in Istanbul eine internationale Konferenz zum Thema des Genozids an den Armeniern abgehalten. Die liberalen Freiheiten, die durch den EU-Reformprozess erlangt worden waren, wurden aber ab 2011 schrittweise wieder zurückgedrängt. Einen wichtigen Wendepunkt hin zur Versicherheitlichung von Protest und Widerstand stellten die Gezi-Proteste dar.

Die Gezi-Proteste entzündeten sich 2013 zunächst am Widerstand gegen die Abholzung von Bäumen im Gezi-Park, der sich gleich neben dem Taksim-Platz im Zentrum Istanbul befindet. Die Regierung plante die Errichtung einer Nachbildung eines historischen Gebäudes anstelle des Parks. Die Proteste gegen die Verbauung einer der wenigen verbliebenen Grünzonen im Stadtzentrum weiteten sich in Folge des brutalen Einsatzes der Sicherheitskräfte gegen die Demonstrierenden in wenigen Tagen zu einer der größ-



Der Taksim-Platz im Zentrum Istanbuls war der zentrale Ort der Gezi-Proteste im Frühjahr und Sommer 2013.

© picture alliance/ dpa | Tolga Bozoglu

ten Protestbewegungen in der Geschichte der Türkei aus. Sie nahm den Charakter einer Demokratiebewegung gegen den zunehmend autoritären Stil der Regierungspartei AKP und Premierminister Erdoğan an. Die Proteste wurden von jungen, gebildeten Vertretern und Vertreterinnen der säkularen städtischen Mittelschicht getragen. Laut Umfragen waren 41 Prozent der Teilnehmer und Teilnehmerinnen Wähler der Oppositionspartei CHP (Farro/Demirhisar 2014: 181). Anhänger und Anhängerinnen anderer oppositioneller Gruppen, wie kurdische, alevitische und linke Gruppen schlossen sich den Protesten an, aber auch die sogenannten antikapitalistischen Muslime und türkische Nationalisten nahmen an den Protesten teil. In den meisten Fällen war es allerdings die Frustration über die Schwäche der etablierten Oppositionsparteien, die die Menschen dazu veranlasste, an den Protesten teilzunehmen. In den Protesten entlud sich auch der Zorn gegen die Aussagen Erdoğan's, der im Zuge der Debatten um ein Gesetz, das den Ausschank von Alkohol neu regeln und vor allem einschränken sollte, indirekt Staatsgründer Atatürk und seinen Nachfolger İnönü als Alkoholiker bezeichnet hatte. Erdoğan äußerte sich auch ablehnend über gemischte Wohngemeinschaften, wo junge Männer und Frauen gemeinsam leben (Günay 2016). Die meisten jungen Menschen, die an den Protesten teilnahmen, sahen Erdoğan's Aussagen als einen Eingriff in die Privatsphäre und als eine Bedrohung für den eigenen säkularen Lebensstil.

Relativ bald schlossen sich den Protesten auch verschiedene kleinere und radikalere Gruppen an. Der Umstand, dass die Protestbewegung verschiedene ideologische und soziale Gruppen, die sich gegen den Autoritarismus der AKP-Regierung stellten, vereinen konnte, verlieh der Bewegung einerseits eine starke gesellschaftliche Präsenz, gleichzeitig verhinderte es aber die Entwicklung eines gemeinsamen

politischen Programms. Die Gezi-Bewegung zerfiel in Folge der Auflösung der Proteste durch die Polizei. Wichtige Protagonisten der Protestbewegung wurden verhaftet und – wie etwa der Unternehmer und Philanthrop Osman Kavala sowie weitere sieben Angeklagte – zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die Niederschlagung der Gezi-Bewegung hatte nachhaltige Auswirkungen auf die kritische Zivilgesellschaft und prägte die anschließenden Formen des Widerstandes. In Folge der Gezi-Proteste wurden Vereine und Organisationen zunehmend unter die Lupe staatlicher Institutionen genommen und in ihrer Arbeit behindert. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen schrecken davor zurück sich zu institutionalisieren, stattdessen organisieren sie sich immer mehr als lose Plattformen. Der Protest hat sich hingegen von der Straße immer mehr in den virtuellen Raum verlagert. Mit dem Scheitern des Friedensprozesses im Jahr 2015 kam es zudem zu einer Remilitarisierung des Konflikts mit der PKK, mit verheerenden Konsequenzen für die kurdische Zivilgesellschaft. Weitere autoritäre Schritte wie die Einschränkung demokratischer Freiheiten und die Verengung des Raumes für Protest, Opposition und Widerspruch erfolgten nach dem gescheiterten Militärputsch 2016 und dann mit dem Übergang zum Präsidentsystem 2019. Die Maßnahme in Folge des Putschversuchs trafen insbesondere die Einrichtungen der Gülen-Bewegung, die einst mit der AKP verbündet war, hart.

Neben kurdischen Vereinen und Organisationen, die mit der Gülen-Bewegung in Verbindung gebracht werden, werden auch Menschenrechtsvereine und Umweltvereine, sofern sie den Interessen des Staates beziehungsweise der Regierungspartei im Weg stehen, in ihrer Existenz bedroht. Während die kritische Zivilgesellschaft in ihren Möglichkeiten

weitgehend eingeschränkt ist, ist im Schatten der AKP eine regierungsnahe, meist religiös geprägte Zivilgesellschaft entstanden. KADEM (*Kadın ve Demokrasi Derneği*), der Verein für Frauen und Demokratie sowie TÜRGEV (*Türkiye Gençlik ve Eğitim Hizmet Vakfı*), die Türkische Stiftung für Jugend und Dienst an der Bildung können alle als GONGOS, *Government Organized Non-Governmental Organizations*, also als durch die Regierung gegründete und durch diese kontrollierte zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnet werden (Diner 2018: 103). Diese Vereine sind nur dem Anschein nach zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie sind nicht unabhängig und dienen vor allem dazu, die Agenda der Regierungspartei zu unterstützen und zu verbreiten. Sie werden ausschließlich von regierungsnahen Personen geleitet (Ebd.). In einigen davon, wie zum Beispiel TÜRGEV, sind direkt Mitglieder der Familie des Präsidenten involviert.

Zum 100. Jahrestag der Gründung der Republik sind somit die Aussichten für die Zivilgesellschaft beziehungsweise für soziale Bewegungen und Protestbewegungen düster. Die Autokratisierung hat viele der mühsam erworbenen Rechte und Frei- und Wirkungsräume eingeschränkt. Dennoch hat sich die türkische Zivilgesellschaft als widerstandsfähig erwiesen. Lokale Protestgruppen gegen Energieprojekte, die Frauenbewegung, aber auch linke Bewegungen, die alevitische und die kurdische Bewegung bestehen trotz Einschränkungen weiterhin. Die Zivilgesellschaft ist und bleibt eine wichtige Stütze für die Rückkehr zur Demokratie.

Fazit

Die türkische Zivilgesellschaft hat eine lange Tradition. Sie spiegelt die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen

Bruchlinien des Landes wider. Zivilgesellschaftliche Organisationen konnten stets in liberalen Zeitfenstern florieren. In vielen Bereichen hat die Zivilgesellschaft dabei eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft eingenommen. Sie ist ein wichtiges Instrument für die Repräsentation eines Themas, einer Forderung oder eines Anliegen. Die Zivilgesellschaft hat immer wieder mutig auf die Einhaltung der Menschenrechte gepocht, ist gegen Gewalt an Frauen eingetreten und hat die Gleichstellung von Frauen propagiert, hat sich für die Rechte von Kurden und Kurdinnen und Aleviten und Alevitinnen, aber auch für das Recht ein Kopftuch zu tragen eingesetzt. Sie hat aber auch ein Bewusstsein für Umweltfragen, Tierschutz und Abfallwirtschaft geschaffen. Die Zivilgesellschaft ist allerdings nicht per se liberal orientiert, sondern versammelt auch illiberale Vertreter in sich. Allerdings haben auch sie von Rechtssicherheit und demokratischen Rahmenbedingungen profitiert.

Der politische und administrative Zentralismus hat allerdings die Entwicklung starker regionaler und lokaler Bewegungen verhindert. Das Fehlen lokaler und regionaler Plattformen der Partizipation führte dazu, dass einerseits lokale und regionale Probleme sowie auch Lösungsansätze übergangen oder zumindest nicht wahrgenommen werden. Nationale Bewegungen repräsentieren hingegen vor allem größere, eben nationale Probleme und Lösungsansätze. Sie sind oftmals durch städtische Kräfte dominiert.

Trotz Einschränkungen, Verfolgung und Behinderungen in Zeiten der Militärherrschaft, politischer Polarisierung und nun jüngst der Autokratisierung unter der AKP erwies sich die türkische Zivilgesellschaft jedoch als durchaus resilient. Ihr Bestehen ist eine wichtige Voraussetzung für die Rückkehr zu einer demokratischen Ordnung.

Dr. Cengiz Günay

KURZVITA

ist Direktor des Österreichischen Instituts für internationale Politik – oiip und Lektor an der Universität Wien. Sein regionaler Schwerpunkt liegt auf der Türkei sowie der MENA-Region. Er ist der Autor von: „Die Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute“ (Böhlau UTB) sowie von „From Islamists to Muslim Democrats?“ (VDB).

Anmerkungen

- 1 Ab 1913 kam es zu einer Autokratisierung. Es übernahm das Triumvirat von Enver, Talat und Celal Pascha die Regierung. Oppositionelle Kräfte bzw. die Zivilgesellschaft wurden danach eingeschränkt.
- 2 Die Verfassung von 1961 gilt als die liberalste Verfassung der Türkei. Tatsächlich führte sie im Geiste des Liberalismus Kontrollinstitutionen wie den Verfassungsgerichtshof ein und öffnete mehr Raum für die Zivilgesellschaft und Interessensvertretungen. Gleichzeitig blieb sie aber weiterhin durch ein autoritäres Staatsverständnis geprägt. Sie institutionalisierte auch das Gremium des Nationalen Sicherheitsrates, das der Armeeführung weitreichende Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Sicherheitspolitik (nach innen wie nach außen) bot.

LITERATUR

- Aksoy, Hürcan Asli (2018): *Gendered Strategies between Democratization and Democratic Reversal: The Curious Case of Turkey*. In: *Politics and Governance* 6, Heft 3/2018, S. 101–111.
- Alper, Emin (2010): *Reconsidering Social Movements in Turkey: The Case of the 1968–71 Protest Cycle*. In: *New Perspectives on Turkey* 43, S. 63–96.
- Arat, Yeşim (1998): *Feminists, Islamists, and Political Change in Turkey*. In: *Political Psychology* 19, Heft 1/1998, S. 117–131.
- Çelik, Ersin (2021): *İstanbul Sözleşmesi'ndeki LGBT kodları nelerdi?* In: *Yeni Şafak*, 24.03.2021. URL: <https://www.yeni-safak.com/yazarlar/ersin-celik/istanbul-sozlesmesindeki-lgbt-kodlari-nelerdi-2057995> [04.03.2023].

safak.com/yazarlar/ersin-celik/istanbul-sozlesmesindeki-lgbt-kodlari-nelerdi-2057995 [04.03.2023].

- Coşar, Simten/Onbaşı, Funda Gençoğlu (2008): *Women's Movement in Turkey at a Crossroads: From Women's Rights Advocacy to Feminism*. In: *South European Society & Politics* 13, Heft 3/2008, S. 325–344.
- Diner, Çağla/Toktaş, Şule (2010): *Waves of Feminism in Turkey: Kemalist, Islamist and Kurdish Women's Movements in an Era of Globalization*. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 12, Heft 1/2010, S. 41–57.
- Diner, Çağla (2018): *Gender Politics and Gongos in Turkey*. In: *Turkish Policy Quarterly* 16, Heft 4/2018, S. 101–108.